

Erfassung gesundheitsrelevanter Daten

45 Prozent der Menschen in der Schweiz lehnen Digitalisierung ihrer Gesundheitsdaten ab.

Die Menschen in der Schweiz stehen der digitalen Erfassung und Weitergabe ihrer Gesundheitsdaten skeptisch gegenüber. Fast jeder Zweite ist dazu nicht bereit. Das geht aus der neuen Deloitte-Studie «Digitalisierung der Gesundheitsdaten: grosse Chancen, grosse Skepsis» hervor. Die Erfahrungen im Ausland und erste Schritte in der Schweiz bestätigen es: Ein systematisch digitalisiertes Gesundheitswesen hat für alle Beteiligten viele Vorteile. Die standardisierte Erfassung, Speicherung und Weitergabe von gesundheitsrelevanten Informationen wie Blutwerte, Laboranalysen, Therapieergebnisse, abgegebene Medikamente, Leistungsabrechnungen oder Therapiekosten bietet enormes Potenzial. Patienten kämen so beispielsweise in den Genuss wirksamerer Behandlungen, die Qualität der medizinischen Versorgung könnte insgesamt verbessert werden und eine stärkere Vernetzung könnte die betriebliche Effizienz steigern und damit Kostensenkungen ermöglichen.

Im internationalen Vergleich hinkt die Schweiz bei der Digitalisierung jedoch noch weit hinterher.

Damit dieser Rückstand kleiner wird, braucht es mehr Vertrauen der Patienten in digitale Technologien und Datenaustausch. «Die Akteure im Gesundheitssystem müssen den Patienten aufzeigen, wie digitale Lösungen ihre Gesundheit verbessern und die Abläufe im Gesundheitswesen vereinfachen können. Ein weiterer massgeblicher Aspekt ist der erforderliche Nachweis, dass der Datenschutz gewährleistet ist. Das schafft mehr Vertrauen in das System», so Kishwar Chishti, Partnerin Risk Advisory bei Deloitte Schweiz und Deloitte Global Life Sciences Industry Cyber Lead.

Breite Skepsis gegenüber digitalisierten Gesundheitsdaten

Eine Digitalisierung des Schweizer Gesundheitswesens setzt voraus, dass die Bevölkerung freiwillig einen Grossteil ihrer gesundheitsrelevanten Daten erfassen lässt und einem Austausch dieser Daten zwischen den verschiedenen Interessengruppen in geeigneter Form zustimmt. Doch ist eine solche Bereitschaft realistisch? Gemäss der reprä-

sentativen Umfrage des Prüfungs- und Beratungsunternehmens Deloitte mit 1'500 Teilnehmenden will fast die Hälfte (45 Prozent) nicht, dass ihre Gesundheitsdaten digital gespeichert und weitergegeben werden. Unter den befragten Frauen ist die Ablehnung (48 Prozent Nein-Anteil) sogar noch etwas ausgeprägter. «Unsere Befragung lässt darauf schliessen, dass viele Menschen in der Schweiz befürchten, die Kontrolle über ihre Gesundheitsdaten zu verlieren», so Chishti.

Mehr Vertrauen durch mehr Transparenz

Die Deloitte-Umfrage zeigt, dass die potenziellen Gefahren stärker gewichtet werden als der Nutzen. Das deutet darauf hin, dass in der Bevölkerung noch kein ausreichend hohes Bewusstsein für die konkreten Vorteile vorhanden ist. «Es braucht eine offene und transparente Kommunikation über Chancen und Risiken eines digitalisierten Gesundheitswesens. Dazu müssen alle Interessengruppen ihren Beitrag leisten, denn schliesslich kommt die

Weitergabe von Gesundheitsdaten dem Gesundheitswesen als Ganzes zugute», so Annieck De Vocht, Leiterin Healthcare bei Deloitte Schweiz.

Persönliche Kontakte senken die Hemmschwelle

Wo ein persönlicher Kontakt besteht, etwa zum Hausarzt oder Apotheker, ist das Vertrauen und die Bereitschaft, mit dieser Person die eigenen Gesundheitsdaten zu teilen, höher. Uneingeschränkter Zugriff auf die persönlichen Gesundheitsdaten wird am ehesten den behandelnden Ärzten (58 Prozent) gewährt. Wird im Vorfeld eine Einverständniserklärung eingeholt, steigt die Bereitschaft sogar auf 94 Prozent. Als Vertrauenspersonen wären medizinische Fachkräfte die idealen «Digitalisierungsbotschafter», um bei Patienten Aufklärungsarbeit zu leisten und die Digitalisierung des Schweizer Gesundheitswesens voranzutreiben. [DI](#)

Quelle: Deloitte

Erhalt guter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, aber ...

Bundesrat ist gegen einen Beirat für die Pharmaindustrie und Biotechnologie.

Der Bundesrat lehnt die Einführung eines Beirates für die Pharmaindustrie und Biotechnologie ab. Die Branche könne sich bereits ausreichend über die bestehenden Kanäle mit den Behörden austauschen. Dies hält der Bundesrat im Bericht «Stärkung des Pharma- und Biotechnologie-Standorts Schweiz» fest, den er am 25. Januar 2023 verabschiedet hat.

Im Bericht – in Erfüllung des Postulates Schmid (20.3752) – werden die Herausforderungen untersucht und die darauf zielenden Massnahmen des Bundesrates dargestellt. So wird beispielsweise das ausländische Fachkräftepotenzial stetig besser zugänglich gemacht, indem unter anderem Drittstaatenkontingente für Personen mit einem Schweizer Hochschulabschluss ausgenommen werden. Zentral ist aber vor allem der Erhalt guter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, wobei auch der sektorspezifischen Regulierung sowie dem Schutz der Gesundheitsdaten und des geistigen Eigentums Rechnung getragen wird. Der Mehrwert des vom Postulat geforderten Beirates, der den Bundesrat über die Zukunft der Phar-

mazie und Biotechnologie beraten soll, wird gemäss Bericht als gering erachtet. Die Branche kann sich über die bereits bestehenden Formate ausreichend mit den Behörden austauschen.

Zusammenarbeit mit der EU

Gemäss Bericht sind die regionale Einbettung und die Beziehungen mit der EU für den Pharma- und Biotechnologie-Standort Schweiz zentral. Die Basis hierfür bilden die zahlreichen bilateralen Abkommen mit der EU. Diese sichern neben dem Zugang zum EU-Binnenmarkt mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen auch einen unbürokratischen Zugriff auf Fachkräfte aus der EU. Von besonderer Relevanz für die forschungsintensive Branche ist auch die Assoziation an das Horizon-Paket (2021–2027), welche der Bundesrat weiterhin anstrebt. Komplementär dazu erweitert der Bundesrat wo möglich auch die internationale Forschungszusammenarbeit. Wichtig für den Pharma- und Biotechnologie-Standort Schweiz ist zudem der Marktzugang ausserhalb der EU. Im Oktober 2022 wurden hierzu die bilateralen Verhandlungen mit den USA über ein GMP-Abkommen für Arzneimittel abgeschlossen. Das Abkommen soll den Handel mit Arzneimitteln erleichtern und den administrativen Aufwand für die Industrie verringern.

Angesichts der zahlreichen Massnahmen des Bundesrates in allen relevanten Themenbereichen stellt der vorliegende Bericht keinen weiteren Handlungsbedarf fest.

Die Pharma- und Biotechnologie hat einen wichtigen Stellenwert für den Wirtschaftsstandort Schweiz: Sie schafft wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze, trägt einen hohen Anteil an den Investitionen in der Forschung und Entwicklung und ist der grösste Exportsektor. Dabei ist die Branche mit unterschiedlichen Entwicklungen wie der Digitalisierung, der Rolle der Forschungszusammenarbeit oder dem Fachkräftemangel konfrontiert. [DI](#)

Quelle: Der Bundesrat

Zahngesundheit gefährdet

Jeder Fünfte geht nicht zum Zahnarzt, weil das Geld fehlt.

Laut dem International Health Policy Survey 2020 verzichten 20,7 Prozent der Schweizer aus Kostengründen auf die Zahnarztbesuche. Für die Studie wurden 2'248 Personen aus der Schweiz befragt. Die Befragung fand per Web und Telefon statt. Es wurde eine repräsentative

Stichprobe des Bundesamtes für Statistik verwendet. Für Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber ist das ein untragbarer Zustand. Mit einem Vorstoss verlangt die Zürcher Nationalrätin, dass die Kosten für notwendige zahnärztliche Behandlungen wie auch regelmässige Kontrollen und Dentalhygiene über Bundesmittel von der obligatorischen Krankenversicherung übernommen werden. Für die FDP-Nationalrätin Regine Sauter ist eine Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen der falsche Ansatz. «Das hätte einen enormen Kostenschub und damit weitere Prämiensteigerungen zur Folge.» Schon heute sei es so, dass die Sozialhilfe die Kosten übernehme, wenn jemand erwiesenermassen eine Zahnbehandlung nicht zahlen könne. «Das Giesskannenprinzip macht keinen Sinn. Die Allgemeinheit sollte nicht für Leute aufkommen, die es gar nicht brauchen. Wenn die Krankenkasse alles übernimmt, besteht die Gefahr, dass es zu einer Ausweitung der Leistungen kommt.» Hendrik Meyer-Lückel, Direktor der Klinik für Zahnerhaltung, Präventiv- und Kinderzahnmedizin der Universität Bern, betont zwar, dass eine ausreichende Mundhygiene ein wichtiger Faktor für die Zahn- und Mundgesundheit sei. «Hierdurch werden die Lebensqualität und die Mundgesundheit gesteigert.» Er sagt aber auch: «Direkte Auswirkungen auf allgemeine Erkrankungen stehen eher nicht im Vordergrund.» Meyer-Lückel sieht deshalb keine Notwendigkeit, dass die Grundversicherung die Kosten für Zahnbehandlungen übernimmt. [DI](#)

Quelle: International Health Policy Survey 2020

